

Inhalt

Das Jahr 1975

8

Chronologie

9

Dokumente

Anhang

88

Geschichtlicher Hintergrund: die Jahre vor 1975

88

Landesbischof Marahrens und das NS-Regime

92

Pfarrkonferenz Burgdorf gegen Neonazis

93

Gegen den Vietnamkrieg

102

SS-Obersturmführer Fircks

103

Zum Wahlkampf 1972

105

Gegen Berufsverbote

106

Kirche und Sexualität

113

Pastoren gegen den Militärputsch in Chile

115

Pastoren gegen Truppenübungsplatz

117

So fing es an: Karfreitag 1968

121

Die Herausgeber

Chronologie

1975

1. 4. Beginn der „Rote Punkt“-Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen und gegen die Abschaffung des Einheitstarifs im Nahverkehrsbereich des Großraums Hannover.
5. 4. Einsatz der „Chemischen Keule“ von Seiten der Polizei.
7. 4. Teilnahme der Pastoren Rauterberg und Hohnsbein im Talar an der Demonstration der Aktionsgruppe „Roter Punkt“.
7. 4. Äußerungen des Landessuperintendenten dazu: „Das ist ein echter Skandal.“
8. 4. Beschluss des Landeskirchenamtes: Dienstliche Anordnung zum Tragen der Amtskleidung bei derartigen Anlässen (Überbringung des Beschlusses durch Boten am gleichen Tag).
9. 4. Mitteilung des Landeskirchenamtes (LKA) an die Pastoren über die Aufnahme von Ermittlungen nach § 11 des Amtszuchtgesetzes.
16. 4. 1. Anhörungstermin für Rauterberg und Hohnsbein (einzeln), Teilnahme eines Beistandes wird vom LKA abgelehnt.
18. 4. Anhörung des Kirchenvorstandes der Matthäus-Gemeinde Lehrte zur Sache.
23. 4. Fortsetzung der Anhörung von Pastor Rauterberg.
24. 4. Fortsetzung der Anhörung von Pastor Hohnsbein.
26. 6. Gemeinsame Schlussanhörung.
9. 7. Beschluss des Landeskirchenamtes: Verweis.
1. 8. f. Einsprüche gegen die Verweise.
2. 9. Stellungnahme des Landeskirchenamtes gegen die Beschwerden.
6. 11. Beschluss der Kammer für Amtszucht: Bestätigung der Verweise.

Sofern Textteile aus Gründen der Lesbarkeit nachgesetzt wurden, enthalten diese auch die im Original vorkommenden Schreibfehler.

Krach um Talar und NDR geht weiter

VON DIRK BUSCHKE

Die Auseinandersetzungen um die Protestaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen und ihre politischen, polizeilichen und publizistischen Begleiterscheinungen gehen in unverminderter Schärfe weiter.

Die hannoverschen Jungsozialisten meinten, die Polizeieinsätze erweckten den „Eindruck polizeistaatlicher Maßnahmen“. Die Sozialistische Jugend „Die Falken“ bezeichnete das Verhalten der Polizei gegenüber den Demonstranten als „brutal“. Demgegenüber sprach Großraumverbandsvorsitzender Reinhard Briese (CDU) der Polizeiführung gestern in einem Brief an Polizeichef Dr. Boge „im Namen aller Verantwortlichen des Großraums“ seinen Dank aus.

Der SPD-Unterbzirk Hannover-Stadt distanzierte sich nach dreistündiger Diskussion gestern abend nachdrücklich von der, wie es hieß, „einseitigen und tendenziösen“

Stellungnahme der Jungsozialisten, nachdem CDU-Landessprecher die Juso-Erklärung als „unverhüllte Aufforderung zur Volksfrontaktion“ eingestuft hatte. Die Jusos hatten zur Unterstützung der Rote-Punkt-Aktionen aufgerufen.

Gegen die beiden Pastoren Rautenberg (Sievershausen) und Hohnsbein (Lehrte) hat das Evangelische Landeskirchenamt eine Prüfung eingeleitet. Sie waren am Montag im Talar an der Spitze des Demonstrationszuges zu sehen gewesen. Es wurde ein Verbot gegen das Tragen von Talaren bei politischen Aktionen für alle Pastoren der Landeskirche ausgesprochen. Die CDU in Niedersachsen

hat diese Maßnahmen gestern begrüßt.

Auch der Streit um die Berichterstattung des NDR-Studios Hannover über die Rote-Punkt-Aktion geht nach der scharfen CDU-Kritik am Sender weiter. Der SPD-Medienbeirat hat die CDU-Vorwürfe gestern nachmittag als Angriff auf die Informationsfreiheit scharf zurückgewiesen. Das Parteigremium sieht in den Vorwürfen CDU-Generalsekretär Haaßengier über den NDR: „Sprachrohr für die Propaganda der Verfassungsfeinde“ die „Fortsetzung einer gesteuerten Kampagne zur Verunsicherung und Einschüchterung von Rundfunkjournalisten“. Der SPD-Medienbeirat fragt, wie lange der CDU-Vorsitzende Hasselmann die „unbeherrschten Ausfälle seines Generalsekretärs noch decken wolle, der „Pfarrer, Lehrer und Journalisten in die Radikalenecke stecken will“.

Neue Hannoversche Zeitung, vermutl. 10. April 1975

„Leergepredigt“



Lohse

Der hannoversche Landesbischof D. Eduard Lohse hat den Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Wilfried Hasselmann, um ein Gespräch über die Erklärung des Generalsekretärs der CDU in Niedersachsen, Dieter Haaßengier, gebeten, in der dieser Ende vergangener Woche heftige Kritik an Pastoren und theologischen Ausbildungsstätten der evangelischen Kirche sowie an der Evangelischen Akademie Loccum geübt hatte.

Der „teilweise in theologischen Ausbildungsstätten und auch in der evangelischen Akademie Loccum vorherrschende Geist“ erfülle die CDU „mit großer Sorge um die Zukunft der evangelischen Kirche“, hieß es in der Erklärung Haaßengiers.

„Viele evangelischen Pastoren“ hätten die Kirchen dadurch leer gepredigt, daß sie sich entschlossen, Ersatzpolitiker zu werden“, meinte der CDU-Politiker.



Hasselmann

Quelle unbekannt

Herrn Superintendent
B. Kaufmann
3167 Burgdorf
Spitterplatz 2

Sehr geehrter Herr Superintendent !

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität Hannover verfolgt mit Besorgnis die Reaktionen von Teilen der Kirchenführung auf die Teilnahme der Pastoren Rauterberg und Hohnsbein an einer Demonstration gegen die Erhöhung der Fahrpreise und zur Beibehaltung des Einheitstarifes bei den öffentlichen Nahverkehrsmitteln im Großraum Hannover.

Besonderer Punkt der Kritik scheint uns hier die Teilnahme der o.g. Pastoren im Talar zu sein.

Eindeutig hat sich in diesem Sinne der Landessuperintendent Schnübbe geäußert, als er sagte, dieses Auftreten erwecke den Eindruck, als ob die Kirche die Ziele der ROTEN PUNKT - Bewegung unterstütze, was aber nicht der Fall sei.

Diese Aussage verwundert uns.

Können denn Fahrpreiserhöhungen im Interesse der Kirche liegen? Hiervon werden doch in erster Linie die sozial schwachen Schichten unserer Gesellschaft betroffen, deren Schutz - soweit uns bekannt - ein Hauptanliegen der Kirche ist.

Ist eine Rückgängigmachung der Fahrpreiserhöhung nicht im Interesse aller Werktätigen, Rentner, Schüler und Studenten, denen nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die aber auf die tägliche Benutzung der Nahverkehrsmittel angewiesen sind?

Darüber hinaus sollte nach Aussagen der Pastoren Rauterberg und Hohnsbein das Tragen des Talars ihrem Wunsch nach Friedfertigkeit der Demonstration Ausdruck verleihen.

Die Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, wie auch von Hannoveraner Bürgern konnten täglich miterleben, wie von Seiten des riesenhaften Polizeiaufgebotes laufend Gewalttätigkeiten provoziert wurden und von der Polizei selber in völlig unangemessener Weise durch den brutalen Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und den sogenannten „chemischen Keulen“ verübt wurden.

Können denn solche Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten von Seiten der Staatsorgane bei der Inanspruchnahme des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit im Interesse der Kirche liegen? Mit Sicherheit nicht!

Das Auftreten der beiden Pastoren im Talar hat nach unserem eigenen Eindruck in hervorragender Weise dem Wunsch der großen Masse der Demonstranten Ausdruck verliehen, hier keinen Bürgerkrieg mit der Polizeiführung zu wollen, sondern machtvoll und friedlich für die Rücknahme der Preiserhöhungen und Beibehaltung des Einheitstarifes zu demonstrieren.

Aus diesen Gründen erscheint uns das Verhalten der Pastoren Rauterberg und Hohnsbein nicht nur verständlich sondern vielmehr sehr begrüßenswert zu sein.

Will die Kirche ihren Anspruch, nämlich das Eintreten für die sozial Schwachen ernst nehmen, so wäre nicht eine Kritik an den beiden Pastoren angebracht, sondern ein viel stärkeres Engagement kirchlicher Würdenträger in dieser Weise notwendig.

Der AStA der TU Hannover erklärt sich solidarisch mit den Pastoren Rauterberg und Hohnsbein und würde jedes Ordnungsverfahren oder ähnliches gegen die beiden Pastoren als eindeutigen Verstoß gegen den selbstgestellten Auftrag der Kirche werten.

Mit freundlichen Grüßen !

Hans Jessen, 1. Vorsitzender

„Einiges steht uns noch bevor“

Pastoren und Laien kritisieren CDU

VON ULRICH NEUFERT

Eine „Gleichschaltung“ der evangelischen Kirche mit den politischen Zielen und Absichten der CDU befürchten die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion in der Lindener Bethlehemkirche. Anlaß für die von über einhundert evangelischen Laien und Pastoren besuchte Veranstaltung seien die „zunehmenden Angriffe und Verdächtigungen gegen ein politisches Engagement von Christen“.

In einem Einladungsschreiben der verantwortlichen „Aktionsgemeinschaft Kirche in der Gesellschaft“ heißt es: „In Hannover haben diese Angriffe mit den Äußerungen des CDU-Geschäftsführers Haaßengier einen neuen Höhepunkt erreicht.“

Dieter Haaßengier war Anfang April in einem auflagenstarken Anzeigenblatt dafür eingetreten, daß „einige politisch gleichgesinnte evangelische Pastoren“ dem schleswig-holsteinischen SPD-Landesvorsitzenden Steffen folgen und aus der Kirche austreten sollten.

Vor dem Hintergrund einer „ähnlichen Kampagne der Berliner CDU“ gegen den evangelischen Landesbischof Scharf zur Zeit des Westberliner Vorwahlkampfes hält Sozialpfarrer Reinhard Tietz (Berlin) eine einheitliche Strategie der CDU für erkennbar: „Die Kirchen sollen mit den Interessen der

CDU gleichgeschaltet werden.“ Mit Blick auf die Bundestagswahlen 1976 meinte Tietz: „Ich vermute, daß uns aus dieser Richtung noch einiges bevorsteht.“

Volle Unterstützung in der Versammlung fand Studentenfarrer Bergengruen mit seiner Kritik am Schweigen des Landeskirchenamtes zu den christdemokratischen Angriffen. Dadurch werde der CDU die Möglichkeit zur Grenzziehung zwischen „guten“ und „bösen“ Christen eingeräumt.

Darüber hinaus vermuteten die Diskussionsteilnehmer einen indirekten Zusammenhang zwischen der „CDU-Kampagne“ und dem Amtszuchtverfahren gegen zwei Pastoren, die sich an einer Demonstration des „Roten Punkt“ beteiligt hatten.

(Siehe Seite 2)

Solidarität im Parteienstreit

VON ULRICH NEUFERT

Die Solidaritätsbekundungen für die Pastoren Rauterberg (Sievershausen) und Hohnsbein (Lehrte) nehmen zu. Gegen die beiden Pastoren hatte das Landeskirchenamt ein „Amtszuchtverfahren“ eingeleitet, nachdem ihre Teilnahme an einer gegen die Fahrpreiserhöhungen gerichteten Demonstration bekanntgeworden waren.

Rauterberg und Hohnsbein war in der Öffentlichkeit besonders das Tragen ihrer Amtstracht während des Protestumzuges zum Vorwurf gemacht worden. Während der Sievershäuser Kirchenvorstand diese Kunde mit Gelassenheit entgegennahm, beeilten sich die zwei Lehrter Kirchenvorstände, sich vom Verhalten der Geistlichen zu distanzieren. Die Stellungnahme der Lehrter Kirchenvorstände, die Solidaritätsbekundungen mit Pastor Hohnsbein aus der Lehrter Öffentlichkeit unbeachtet ließ, kann Hohnsbein unter Umständen sein Amt kosten. In diesem Stadium versichert die „Aktionsgemeinschaft Kirche in der Gesellschaft“ den Pastoren ihre Unterstützung und versucht mit der folgenden Resolution „Angriffe und Verdächtigungen des CDU-Generalsekretärs Haaßengier“ abzuwehren:

1. Wir weisen alle Versuche, das politische Engagement von Pastoren und kirch-

lichen Mitarbeitern zu diffamieren, mit Nachdruck zurück. Wir weisen die irreführende und verschleiende Meinung zurück, die Kirche habe sich in vornehmer Zurückhaltung den politischen Problemen unserer Zeit gegenüber neutral zu verhalten. Damit stützt sie lediglich das gegenwärtig herrschende politische System und handelt nicht weniger politisch als diejenigen, die die Zustände in unserem Land öffentlich kritisieren und sich um ihre Veränderung bemühen. Die Kirche hat im Sinne ihres Auftrages Partei zu ergreifen, und zwar gemäß dem Evangelium für die Schwachen, Armen, Unterdrückten, Rechtlosen, für die, die der Gewalt anderer ausgesetzt sind.

2. Wir begrüßen, daß Bischof Lohse in seiner Synoderede vom 3. 4. 75 die Pfarerschaft nachdrücklich vor den Angriffen von Seiten der CDU in Schutz genommen hat. Wir vermissen jedoch, daß er

das Engagement derer, die gemäß ihrem Auftrag gesellschaftsverändernd arbeiten, inhaltlich verteidigt hätte. Wir haben kein Verständnis dafür, daß er lediglich auf die kleine Zahl derer hinweist, „die durch einseitige politische Akzente von sich reden machen“, denen er die große Zahl der übrigen Pastoren gegenüberstellt. Damit hat er die von den Rechtsparteien ausgestreute Extremistenstrategie übernommen.

3. Wir erklären uns solidarisch mit den Pastoren Hohnsbein und Rauterberg, die ihrem evangelischen Auftrag nachkamen, als sie für die Gewaltlosigkeit der Rote-Punkt-Demonstration eintraten. Wir erklären uns mit ihnen solidarisch, wenn sie zugleich gegen die Fahrpreiserhöhung eintraten, die doch in erster Linie die sozial schwachen Schichten unserer Gesellschaft treffen, deren Rechte durchzusetzen besonderer Auftrag der Kirche ist

Wir fordern die sofortige Einstellung zur Einleitung eines Amtszuchtverfahrens gegen die beiden Pastoren.

Beide Artikel:

Neue Hannoversche Zeitung,
7. Mai 1975

B e s c h l u ß

Dem Pastor Hartwig Hohnsbein in Lehrte wird ein Verweis erteilt, weil er am 7. April 1975 im Talar an einer Demonstration der Rote-Punkt-Aktion in Hannover teilgenommen hat. Dabei hat er die Grenzen nicht beachtet, die sich aus seinem Auftrag als Pfarrer und daraus ergeben, daß er seinen Dienst allen Gemeindegliedern ohne Ansehen ihrer politischen Einstellung schuldig ist. Er hat damit ferner die Amtskleidung bei einem Anlaß getragen, bei dem es weder dem Herkommen entsprach noch angeordnet war - §§ 41 Abs. 2 und 51 Abs. 1 Pfarrergesetz; § 16 Abs. 1 Amtszuchtgesetz.

Gründe:

Der am 19. Januar 1937 in Rotenburg (Wümme) geborene Pastor Hartwig Hohnsbein ist seit dem 1. September 1967 in der Ev.-luth. Matthäus-Kirchengemeinde Lehrte tätig.

Am Nachmittag des 7. April 1975 begab sich Pastor Hohnsbein zusammen mit Pastor Rauterberg aus Sievershausen unter Mitnahme seines Talars nach Hannover, um an der Demonstration der Rote-Punkt-Aktion teilzunehmen. Diese Teilnahme war zuvor zwischen beiden fernmündlich vereinbart worden, nachdem sich beide bereits vorher aufgrund von Presseberichten und Augenzeugenberichten mit der Rote-Punkt-Aktion und der Frage einer Teilnahme an dieser Aktion befaßt hatten.

Die Rote-Punkt-Aktion war organisiert von einer größeren Zahl von politischen und sonstigen Vereinigungen und Gruppen, von denen sich ein Teil auf den Marxismus beruft oder als linksextrem gilt. Das erklärte Anliegen der Aktion war es, gegen die in der Verbandsversammlung des Großraums Hannover beschlossenen Fahrpreiserhöhungen im Großraumverkehr zu demonstrieren. Zu diesem Zweck wurden an einer Reihe von Tagen Demonstrationzüge durch